

Der Sechstagekrieg um Israel 1967. Ursachen. Verlauf. Folgen.

Vortrag von Dr. Hermann Kuhn, Juni 2017

Ich werde heute über ein herausragendes Ereignis in der Geschichte des noch sehr jungen Staates Israel sprechen, über den Sechstagekrieg im Juni 1967. Der Zufall oder ein geheimer Plan wollten es, dass in diesem Jahr die Vorgeschichte und Geschichte des jüdischen Staates wie auf einer Perlenschnur von Jahrestagen aufgereiht ist: Vor 120 Jahren, 1897, formulierte Theodor Herzl zum ersten Mal das Ziel, eine Heimstätte für die Juden in ihrem Ursprungsland Palästina zu schaffen. 1917 nahm die Balfour-Deklaration diesen Wunsch in einer später vom Völkerbund übernommenen Erklärung auf. Der Peel-Plan gab vor 80 Jahren zum ersten Mal die Empfehlung, im damaligen britischen Mandatsgebiet zwei Staaten für zwei Völker zu gründen. Und vor 70 Jahren beschlossen die Vereinten Nationen genau dies. Dazu später ein Exkurs.

Vor 50 Jahren also der Sechstagekrieg. Ich werde ausführlicher über die *Ursachen* dieses Krieges sprechen; kürzer über den *Verlauf*, und wieder länger über die *Folgen*, die lang andauernden Folgen bis heute. Das Verhältnis von Geschichte und Zukunft ist im Konflikt zwischen Israel und seinen Nachbarn ja sehr eng und besonders. Wenn es eine Lösung für die Zukunft geben soll, mit schmerzlichen Kompromissen für beide Seiten, muss man irgendwann die Vergangenheit Vergangenheit sein lassen und der Zukunft einen, vielleicht gewagt erscheinenden, Vorschuss geben. Aber um zu diesem Punkt zu kommen, muss man die Geschichte sehr gut kennen. Deshalb führt uns auch heute die Geschichte mitten hinein in die Diskussion über mögliche Konfliktlösungen. Das kann man auch an den aktuellen Presseberichten und Rückblicken auf den Sechstagekrieg sehen: Kurz der Krieg und lang die Wirkungen.

Die Ereignisse im Juni 1967 waren im Übrigen auch ein Wendepunkt in der Wahrnehmung Israels in Deutschland, vor allem auf der Seite der Linken. Das ist aber eine andere, höchst spannende Geschichte.

Erstens also die Vorgeschichte. Ich beginne mit dem Jahr 1956, dem Suez-Krieg. Israel hatte sich in dieser Auseinandersetzung auf die Seite Großbritanniens und Frankreichs geschlagen, die die einseitige Verstaatlichung und zeitweise Schließung des Suez-Kanals durch Ägypten nicht akzeptieren wollten. Ägypten beanspruchte außerdem die Kontrolle über die Straße von Tiran; die Offenheit dieses Seewegs aber war für Israel existenziell, denn bei einer Schließung war der Hafen von Eilat dicht, und das bedeutete: Kein Öl und andere Rohstoffe aus Asien.

Die Verstaatlichung des Suez-Kanals wurde durch den Suezkrieg nicht rückgängig gemacht; aber für Israel waren andere Ergebnisse entscheidend: Auf dem Sinai wurden in einer Pufferzone zwischen Ägypten und Israel UN-Blauhelme stationiert; Israel wurde der freie Zugang durch die Straße von Tiran garantiert. Die Erklärung Israels, eine Schließung der Wasserstraße stelle für das Land einen „casus belli“ dar, also einen Kriegsgrund, wurde international akzeptiert und bestätigt.



Die folgenden sieben, acht Jahre waren für Israel und den Nahen Osten „relativ“ ruhige Jahre. Das änderte sich aber Mitte der 60iger Jahre. Entscheidend dafür war die politische Großwetterlage. In der Auseinandersetzung der beiden Supermächte USA und Sowjetunion hatte sich der Schwerpunkt von Europa in die Dritte Welt verlagert: Nach Asien – Stichwort Indochina, Vietnam – und mit zunehmendem Engagement der Sowjetunion in den Nahen Osten. Die Sowjetunion rüstete Syrien, Irak und Ägypten wirtschaftlich und militärisch auf; und sie unterstützte den panarabischen Nationalismus (der mit etwas sozialistischer Phraseologie garniert wurde).

1964 wurde mit Unterstützung der arabischen Staaten und der Sowjetunion die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gegründet, die die Vernichtung Israels nicht nur ins Programm schrieb, sondern auch gleich zur Tat schritt. Schon im ersten Jahr nach der Gründung rühmte sich die PLO ihrer zunehmenden Terrorattacken auf Juden. Der Terror war also keineswegs eine Reaktion auf die „israelische Besatzung“, sondern war und ist bis heute Teil eines erklärten Krieges gegen Israel.

Zur gleichen Zeit verstärkte Syrien, das ein gemeinsames Oberkommando mit Nasser gebildet hatte, seine Angriffe von den Golan-Höhen herab auf die am See Genezareth liegenden jüdischen Orte, Guerilla-Attacken der PLO wurden unterstützt. Über Jahre konnten die Bewohner nur in Bunkern schlafen. Wer die Golan-Höhen besucht hat und die unten im Tal liegenden Kibbuzim, der konnte das eindrücklich sehen. Ab 1964 begannen die Syrer zudem, wesentliche Zuläufe zum Jordan-Fluss umzuleiten, um Israels Wasserversorgung zu treffen. Israel antwortete mit gezielten Militärschlägen.

Das ging schon eine Weile so. Die Eskalation begann am 13. Mai 1967. Da verbreitete der sowjetische Geheimdienst die angeblich „sichere Meldung“, dass Israel gegen Syrien mobil mache. Israel dementierte sofort und mit glaubwürdigen Beweisen, auch die UN bestätigte das. Aber die Syrer begannen dennoch mit einem massiven Aufmarsch an der Grenze und appellierten an Nasser einzugreifen: nun sei der Beistandsfall im syrisch-ägyptischen Militärbündnis eingetreten.

Der ägyptische Präsident Nasser war damals die unbestrittene Führungspersönlichkeit der arabischen Welt; allerdings hatte sein Renommee durch ein verunglücktes Eingreifen in den Bürgerkrieg im Jemen gelitten. Es gab also deshalb zusätzliche Gründe für ihn, die Flucht in den Angriff anzutreten. Nasser fühlte sich stark durch die sowjetische Unterstützung und war in der Annahme, Israel sei schwach. Das war auch gar nicht so verkehrt, denn Israel steckte seit längerer Zeit in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und die Regierung war schwach.

Deshalb begann Nasser am 14. Mai 1967 verstärkt mit Vorbereitungen eines Krieges, mit klar erklärtem Ziel. Er setzte entgegen allen internationalen Vereinbarungen ägyptische Truppen auf dem Sinai Richtung Israel in Marsch und verlangte am 16. Mai den Abzug der 3400 Mann starken UN-Truppen. Generalsekretär U Thant kam dem Verlangen nach, ohne Befassung eines UN-Gremiums. Ein zeitgenössischer Kommentar: „Ein Brand drohte und die Feuerwehr wurde abgezogen.“

Radio Kairo erklärte: „Ab heute gibt es keine internationalen Truppen mehr, die Israel beschützen. Unsere Geduld ist zu Ende. Wir werden uns nicht mehr bei den UN über Israel beklagen. Ab jetzt herrscht der totale Krieg gegen Israel, und er wird zur Auslöschung des Zionismus führen.“ Am 22. Mai schloss Nasser die Meerenge von Tiran, ließ sie u.a. verminen, ein weiterer, entscheidender Bruch internationaler Vereinbarungen. Am 30. Mai schloss sich Jordanien dem ägyptisch-syrischen Militärpakt unter Nassers Oberkommando an, schon am 1. Juni trat ein ägyptischer General das Kommando in Amman an. 250.000 Soldaten, 2000 Panzer und 700 Flugzeuge waren nun rund um Israel mobil gemacht; Israel konnte dagegen nicht einmal die Hälfte aufbringen.

Die propagandistische Begleitung war nicht weniger eindeutig: Nasser verkündete am 27. Mai: „Unser erklärtes Ziel ist die Vernichtung Israels. Das arabische Volk will kämpfen.“ Als auch der irakische Präsident dem Militärbündnis beitrug, erklärte er: „Die Existenz Israels ist ein Fehler, der korrigiert werden muss. Dies ist die Gelegenheit, die Schmach auszulöschen, die man uns seit 1948 angetan hat. Unser Ziel ist klar: Israel von der Landkarte wegzufegen.“ In der Broschüre der DIG zum Sechstagekrieg finden Sie diese und weitere Aussagen dokumentiert. (S. 11 und 12, 15).

Bitte markieren und anklicken:

<http://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/bund/im-fokus/category/downloads/showme/der-sechstagekrieg-1967-ursachen-verlauf-folgen>

Es gibt bis heute Stimmen, die diese Rede als die gewohnte nahöstliche Großmüligkeit abtun: Nasser habe eigentlich keinen Krieg gewollt. Aber Tatsache ist: der Krieg wurde von ihm und seinen Verbündeten vorbereitet, er wurde von ihnen provoziert. Die israelische Regierung jedenfalls musste von diesen Tatsachen ausgehen: Ägyptischer Aufmarsch auf dem Sinai, Abzug der Blauhelme, Sperrung der Straße von Tiran, Bildung einer militärischen Allianz zwischen den arabischen Nachbarn: Israel hatte all dies für seine roten Linien erklärt, als „casus belli“, das heißt Kriegsgrund; das war öffentlich kundgetan und von der Weltöffentlichkeit akzeptiert. Diese roten Linien spiegeln die Erfahrungen des Krieges von 1948 wider und ihre grundlegende Lehre: Israel kann sich keine einzige Niederlage leisten, weil es dann nicht mehr existieren würde.

Aber die israelische Regierung unter dem damaligen Premier Eschkol zögerte zunächst; das lag an der Schwäche dieser Regierung und auch daran, dass die USA unter Präsident Johnson Druck ausübte, da er keine neue Front im Nahen Osten wollte. Eschkol versuchte die Großmächte davon zu überzeugen, Ägypten zur Öffnung der Straße von Tiran zu bewegen. Aber ohne Erfolg, die halbherzigen Bemühungen der USA scheiterten. Und in Israel selbst spitzte sich die Lage zu, denn der Spannungszustand seit dem 15. Mai legte zunehmend die Wirtschaft lahm, und in der Bevölkerung breiteten sich Unsicherheit und Angst, ja Panik aus.

Am 28. Mai wurde eine Entscheidung der Regierung noch einmal verschoben, aber schließlich musste Eschkol dem Druck nachgeben, eine Einheitsregierung bilden und Moshe Dayan zum Verteidigungsminister ernennen. Der „Held von 1956“ kam demonstrativ im Khaki-Hemd in die Kabinettsitzung und begann sofort mit den Vorbereitungen für einen Erstschlag. Am Morgen des 5. Juni 1967 startete die israelische Luftwaffe zum ersten Angriff.

Mein Resümee aus der Darstellung der Ursachen und der Vorgeschichte des Sechstagekrieges ist: Der Sechstagekrieg war ein klassischer, vom Völkerrecht gedeckter und legitimer *Präventivkrieg*, um einem erklärten und deutlich erkennbar bevorstehendem Angriff zuvorzukommen und so soweit als möglich Schaden von den Bürgerinnen und Bürgern des Staates Israel abzuwenden.

Ich komme zum zweiten Teil, dem Verlauf des Krieges. Die Zeitschrift „The Economist“ hat ihn in biblischer Anspielung knapp so zusammengefasst:

„Am Anfang zerstörten die israelischen Soldaten die Luftwaffe Ägyptens auf dem Boden und attackierten die Flugzeuge Jordaniens, Syriens und des Irak. Das war Montag. Dann durchbrachen sie die massiven Verteidigungslinien Ägyptens auf dem Sinai. Das war Dienstag. Dann nahmen sie die Altstadt von Jerusalem ein und beteten. Das war Mittwoch. Dann erreichten sie den Suez- Kanal. Das war Donnerstag. Dann erklommen sie die Golan-Höhen. Das war Freitag. Dann erreichten sie die Hügel, von denen aus sie auf Damaskus heruntersehen konnten. Am Abend erklärte die Welt einen Waffenstillstand. Das war Samstag. Und am siebten Tag ruhten die israelischen Soldaten.“

Ich möchte als Erläuterung nur wenig hinzufügen: Der Zusammenbruch der ägyptischen Armee war nach der Zerstörung ihrer Luftwaffe und der frühen Zerschlagung der Kommandostrukturen total. Am 3. Tag war der Weg nach Kairo für die israelische Armee offen, aber erst einen verschenkten, verlustreichen Tag später unterschrieb Nasser den angebotenen Waffenstillstand.

Mit Jordanien war es anders. Israel hatte am 5. Juni den jordanischen König Hussein noch beschworen, nicht einzugreifen, Israel werde das Land nicht angreifen. Hussein missverstand diese Botschaft als Schwäche, glaubte den abenteuerlichen Siegesmeldungen aus Kairo und setzte seine Truppen auf Jerusalem in Marsch. Da erst schlugen die israelischen Truppen zurück.

Der Krieg mit Syrien begann erst richtig am Ende der Woche, als Ägypten geschlagen war. Bis dahin hatte sich Israel auf Verteidigung gegen den syrischen Angriff beschränkt. Um die andauernde Bedrohung der Bevölkerung in Galiläa und die Störung der Wasserversorgung zu beenden, eroberte Israel aber dann doch den Golan. Als der Weg nach Damaskus für seine Truppen schon frei war, wurde am 10. Juni um 18 Uhr auch hier ein Waffenstillstand vereinbart, auf Vermittlung der UN. Eroberungsabsicht wäre anders umgesetzt worden. Mit dem Libanon schließlich gab es keine Auseinandersetzungen.

Der Sechstagekrieg wurde also mit Waffenstillstandsabkommen beendet. Israel hatte mit hohem Einsatz, auch an Menschenleben, die akute Bedrohung abgewehrt; seine Truppen standen nun auf den Golan-Höhen, im Westjordanland, in Gaza und auf dem Sinai. Die Gebietsgewinne verschafften Israel zum ersten Mal eine „strategische Tiefe“. Man muss immer bedenken, dass Israel auch nach dem Unabhängigkeitskrieg 1948/49 sehr schmal ist, oft nur 15 bis 20 Kilometer breit, und damit militärisch sehr verletzbar.

Jüdische Soldaten hatten am 7. Juni die Altstadt von Jerusalem eingenommen, damit auch das von den Arabern 1948 völlig zerstörte jüdische Viertel, bis hin zur Klagemauer und zum Tempelberg. Alle zeitgenössischen Berichte zeigen, welche ungeheure emotionale und religiöse Begeisterung die Tatsache ausgelöst hat, dass Juden nun wieder an der Klagemauer beten konnten. Viele glaubten im – ja überhaupt nicht selbstverständlichen – glücklichen Kriegsverlauf ein göttliches Zeichen erlebt zu haben.

Umso höher ist es zu bewerten, dass mit äußerster Disziplin darauf geachtet wurde, dass den muslimischen heiligen Stätten nicht der geringste Schaden zugefügt wurde, keine einzige Moschee wurde zerstört; deshalb wurde auch auf den Einsatz schwerer Waffen verzichtet. Die Aufsicht des Tempelbergs wurde der islamischen religiösen Stiftung waqf überlassen. Das gilt bis heute.

Für den dritten Teil meiner Ausführungen leihe ich mir wieder eine Überschrift des „Economist“: „Sechs Tage Krieg, 50 Jahre Besatzung.“ Aber gerade hier muss man nun genau hinsehen, wie es dazu kam.

Kriege enden in der Regel entweder mit der Vernichtung des Gegners, mit oder ohne förmliche Kapitulation; oder mit einem Waffenstillstand, also einer *vorläufigen* Regelung – so war auch der Unabhängigkeitskrieg 1948/49 zu Ende gegangen und so ging auch der Sechstagekrieg zunächst zu Ende. Wenn es geht gut, folgt darauf ein Friedensvertrag. Wie ging es nach dem Sechstagekrieg weiter?

Am 18. und 19. Juni 1967 debattierte das israelische Kabinett, wie das Land mit den Ergebnissen des Sechstagekrieges umgehen sollte. Es war eine sehr kontroverse Debatte, die Sie in der erwähnten Broschüre detailliert nachlesen können. Im Kern wurden schon eine Woche nach Kriegsende alle Positionen vertreten, die es auch heute gibt: Es gab in der Regierung und in der Gesellschaft eine Gruppe, die vor den Folgen einer Besatzung warnte und für den sofortigen und bedingungslosen Rückzug plädierte; es gab eine kleine Gruppe, die faktisch für eine Annexion war – aus militärischen, aber teilweise auch religiösen Gründen; zumindest was das Westjordanland anging, also die „jüdischen Stammländer“ Judäa und Samaria. Und es gab die Mehrheitsmeinung, die Moshe Dayan so formulierte: „Die eroberten Gebiete könnten für Frieden gehandelt werden.“ Als Faustpfand also in Verhandlungen. Damit war die grundlegende Position Israels gegenüber den Nachbarn formuliert, die im Grundsatz bis heute gilt: „Land gegen Frieden“.

Die Antwort der arabischen Staaten kam umgehend und sie war leider ebenso klar: Der Gipfel der Arabischen Liga in Khartum beschloss am 1. September 1967 die „Drei Neins“: „Kein Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel und ein Festhalten an den Rechten der Palästinenser innerhalb ihres Landes.“ Nach wie vor sollte also die Existenz Israels rückgängig gemacht werden; der arabische Überfall im Yom-Kippur-Krieg 1973 war die logische Konsequenz daraus.

Die israelische Regierung antwortete auf die Drei Neins von Khartum mit einer Ergänzung ihres Prinzips „Land gegen Frieden“. Es wird nun an die Bedingung „verteidigbarer Grenzen“

geknüpft. Also Land im Tausch gegen Anerkennung Israels, aber mit einer territorialen Ordnung, die größtmögliche Sicherheit garantiert. Konkret bedeutete das zunächst die Kontrolle der Grenze zu Jordanien im Jordantal, später die Annexion des Golan und die Erweiterung des Stadtgebietes von Jerusalem.

Auch die Resolution 242 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 22. November 1967, die bis heute grundlegend ist, basiert auf dem Prinzip Land gegen Frieden. Israel und fast alle arabischen Staaten haben ihr damals zugestimmt – interpretiert wird sie allerdings sehr bald sehr unterschiedlich. Im allein verbindlichen englischen Text wird darin der Rückzug „aus besetzten Gebieten“ („from territories occupied“) gefordert, nicht aus „den besetzten Gebieten“. Das Recht Israels auf „defensible borders“ wird anerkannt, die Anerkennung Israels als Bedingung für eine Einigung formuliert. Das heißt, die Grundrichtung des Beschlusses ist klar, aber die konkrete Ausgestaltung dieser Punkte wird den beteiligten Parteien übertragen.

Bis zu einer solchen Einigung ist „Besatzung“ nicht grundsätzlich völkerrechtlich illegal, wie immer wieder behauptet wird. Nach 50 Jahren müssen sich allerdings beide Seiten der kritischen Frage stellen, ob sie genügend getan haben, um diesen vorübergehenden Zustand zu überwinden.

An dieser Stelle muss ich noch einmal einen Schritt in der Geschichte zurückgehen, auf den Beschluss der Vereinten Nationen 1947, das damalige britische Mandatsgebiet Palästina auf zwei Nationen aufzuteilen und damit zwei Staaten zu gründen. Die jüdischen Organisationen hatten nach kontroverser Diskussion diesen Plan akzeptiert. Die arabischen Staaten nicht: Ihre Ablehnung galt nicht dem Detail, sondern dem Prinzip, der Existenz eines jüdischen Staates überhaupt. So wurden die Juden in der ersten Hälfte 1948 mit so genannten Freischärlern bekämpft, und am Tag der Unabhängigkeitserklärung am 15. Mai 1948 marschierten die Armeen der arabischen Nachbarn ein, um die Bildung eines jüdischen Staates mit militärischer Gewalt zu verhindern.

Das Ende ist bekannt: Lange Zeit war nicht klar, ob der junge Staat überleben würde – die UNO hat übrigens keinen Finger dafür gerührt, dass ihr Kind auch die Geburt überstand! –; am Ende war Israel siegreich und hatte sein Territorium vergrößert, vor allem um weniger verwundbar zu sein. Der zweite Staat aber wurde *nicht* geschaffen: Ägypten verleibte sich den Gazastreifen ein, Jordanien das Westjordanland, die Westbanks, beides ohne jede internationale oder moralische Legitimation. Von einem Selbstbestimmungsrecht der dort lebenden Araber, die sich später Palästinenser nannten, war damals weder in der arabischen Welt noch in der UNO die Rede. Dass 1948 kein zweiter Staat neben Israel entstand, war jedenfalls nicht die Schuld Israels.

Daher verweisen die Israelis immer – ich finde zu Recht – darauf, dass sie nicht das Territorium eines fremden Staates besetzt halten, sondern ein Territorium, das ein anderer Staat sich in einem Angriffskrieg (1948) widerrechtlich angeeignet hatte. Daher leugnet in Israel niemand den Besatzungsstatus der Westbanks, man spricht aber oft von den „umstrittenen Gebieten“.

Wenn ich jetzt weiter die Folgen des Sechstagekrieges behandle, kann ich nur zwei Linien verfolgen: Das Prinzip „Land gegen Frieden“ und die Frage der jüdischen Siedlungen im Westjordanland. Beides ist aber für die Diskussion über mögliche Lösungen wesentlich.

„Land gegen Frieden“: Das hat – allerdings erst nach einem weiteren verlorenen Angriffskrieg gegen Israel 1973 – mit Ägypten geklappt. Nach dem mutigen Auftritt Anwar Sadats in der Knesset 1977 – schon wieder die „7“! – hat Israel 1979 mit Ägypten einen Friedensvertrag geschlossen: Anerkennung Israels gegen Rückgabe des Sinai an Ägypten. (Sadat hat diesen Mut mit dem Leben bezahlt, er wurde von Fundamentalisten ermordet, so wie später Rabin in Israel.) Seither herrscht dort ein, wenn auch „kalter“, Frieden.

„Land gegen Frieden“: Das hat 2005 beim einseitigen Rückzug Israels aus Gaza *nicht* geklappt. Denn Israel bekam keinen Frieden für das Land, sondern Raketenbeschuss und Terror der Hamas. „Land gegen Frieden“: Das war aber die Grundidee des Oslo-Abkommens, nach dem erhebliche Teile des Westjordanlands unter palästinensische Verwaltung gestellt wurden, als ersten Schritt, der bald ins Stocken geriet.

Aber das Prinzip „Land gegen Frieden“ blieb die Leitlinie der israelischen Politik: 2000 lag auf Vermittlung von Clinton ein Angebot auf dem Tisch von Arafat, das nach einem gewissen Landtausch ca. 95% des Landes an einen zu gründenden palästinensischen Staat übergeben hätte – allerdings mit starken Sicherheitsgarantien für Israel (bis zum Verbot von Militär für den palästinensischen Staat). Arafat hat sich nicht getraut einzuschlagen, sondern setzte wiederum auf Gewalt: Die zweite Intifada mit ihren schrecklichen Selbstmordattentaten begann. Das gleiche Angebot machte Ehud Olmert 2008, einschließlich einer Regelung für die Hauptstadt des neuen Staates innerhalb Jerusalems.

Und Sie können sicher sein, wenn Trump jetzt tatsächlich einen neuen Anlauf für einen „großartigen Deal“ macht, wie er sich ausdrückt, dann wird dies Modell am Ende auch wieder auf dem Tisch liegen. Denn es ist machbar. Die Angebote an Syrien 2000 und 2008 eines teilweisen Rückzugs aus dem Golan werden allerdings angesichts der Lage in Syrien so bald nicht wiederholt werden.

Die zweite wesentliche Folge des Sechstagekrieges sind die jüdischen Siedlungen im Westjordanland, um die immer und überall, in Israel wie international, gestritten wird. Wie geschildert: Diese Frage entwickelte sich in dem politischen Vakuum, das sich nach der Verhandlungsweigerung der Araber 1967 auftat. Und noch einmal zurück in die Geschichte: In gesamten britischen Mandatsgebiet Palästina lebten 1947 Juden und Araber, aber unterschiedlich verteilt; der Teilungsplan orientierte sich an den Siedlungsschwerpunkten, sah aber keine strikte Trennung vor. Es lebten auch in Jerusalem, in Hebron und an vielen anderen Orten der Westbanks Juden. Sie mussten aber nach der Besatzung dieses Landes durch Jordanien nach 1948 ihre Heimat verlassen. Die ersten „Siedler“ nach 1967 waren Menschen, die in ihre Heimat *zurückkehrten*, nach Kfar Etzion in der Nähe von Hebron; dann nach Hebron, in die Altstadt von Jerusalem. Über die Legitimität dieser Ansiedlungen gab es in Israel keinen Streit, sie wurden als „Rückkehr der Söhne“ begrüßt.

Es gab jedoch weitere Siedlungen, die nach und nach errichtet wurden; sie hatten zunächst rein militärische Gründe, vor allem entlang des Jordantales, und im östlichen Bogen rund um

Jerusalem. Dort wurden Grenzen neu gezogen, um die militärisch extrem verletzliche Randlage Jerusalems zu beseitigen, aber auch um den „ewigen“ Anspruch Israels auf die Stadt zu untermauern. Hier wurden relativ große Satellitenstädte auch außerhalb des vergrößerten Stadtgebiets gebaut: aus politischen und militärischen Gründen, aber aus Sicht der Bewohner meist aus rein pragmatischen Gründen billigen Wohnraums. Von diesen Menschen als „Siedler“ zu sprechen, ist eher irreführend. Hier liegen die meisten großen Siedlungen, und von den geschätzt 400.000 jüdischen Menschen in den Westbanks (ohne Ostjerusalem) leben rund 75 % unmittelbar nahe Jerusalem und in anderen grenznahen Städten.

Aber es gibt auch vom Staat Israel genehmigte und entsprechend geschützte Siedlungen mitten in den Westbanks; und dazu noch etliche illegale kleine Stützpunkte, die oft beseitigt, aber auch oft geduldet werden. Die Motive der dort lebenden Menschen sind in der Regel politische oder religiöse oder eine Mischung aus beiden. Die Siedlung in Judäa und Samaria verstehen sie als göttlichen Auftrag, dies Land sei den Juden von Gott versprochen. Auch wenn ihr Handeln vom Staat immer wieder eingegrenzt worden ist, sie haben doch einen ziemlich großen Einfluss gewonnen, da alle Regierungen gleich welcher Farbe sie haben gewähren lassen.

Kommen wir zum Ausblick nach 50 Jahren nicht erklärten Friedens: Wie kann eine Lösung aussehen? Die Deutsch-Israelische Gesellschaft ist mit vielen anderen, auch immer noch der Mehrheit der Israelis, der Meinung, dass die Zwei-Staaten-Lösung, also die Vollendung des UN-Beschlusses von 1947, die beste Lösung ist. Sie ist auch immer noch möglich, trotz des schweren Vertrauensverlustes auf der einen Seite durch die alltäglichen großen Erschwernisse der Besatzung, auf der anderen Seite durch den Terror und durch die Erziehung zum Hass durch Hamas und (leider auch) PLO.

Aber sind nicht die Siedlungen das Haupthindernis für den Frieden? Ich selbst würde mir sehr wünschen, dass die israelische Regierung den Bau weiterer Wohnungen für Israelis in den besetzten Gebieten nicht fördern, sondern stoppen würde. Aber eine *Vorbedingung* für Verhandlungen sollte weder diese noch eine andere Frage sein. Denn wenn wir den Vorschlag Baraks von 2000 nehmen: die großen Siedlungsblöcke wären im Tausch gegen bisher in Israel liegende arabische Städte eingemeindet. Die kleineren Siedlungen in den Westbanks müssten sich entscheiden, ob sie unter einer palästinensischen Regierung leben wollen oder nicht. Schließlich leben ja auch Millionen Araber im Staat Israel, besitzen Palästinenser Land in Israel. Es ist zwar derzeit in vielen arabischen Ländern faktisch so, aber es muss ja nicht so sein, dass der neu zu gründende arabisch-palästinensische Staat „judenfrei“ ist. Auch wenn Palästinenserchef Abbas das bisher öffentlich wiederholt so proklamiert hat.

Mein Schlusssatz ist: Ich glaube, dass die Haltung von Ben Gurion, die er kurz vor seinem Tod geäußert hat, immer noch eine Chance hat: „Wenn ich die Wahl habe zwischen den besetzten Gebieten und Frieden, dann wähle ich den Frieden.“